

Schwierigkeiten, die wir jetzt mit der inneren Vereinigung haben: Wir haben vielleicht recht gehabt; wir hätten das trotz Seiffert nicht machen sollen!

Aber meine These lautet ja nur: Man konnte das voraussehen und war wider besseres Wissen nicht rechtzeitig auf diese Entwicklung vorbereitet.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Weber, Herr Schenk und Herr Seiffert, ganz herzlichen Dank für Ihr Mitwirken hier. Ich danke Ihnen auch, daß Sie so viel Selbstbewußtsein hatten, daß Sie es ausgehalten haben, als Sie feststellten, daß bei uns einige anderer Meinung waren als Sie. Aber was hat eine Anhörung für einen Sinn, wenn wir uns immer nur wieder das sagen, was wir selber alles schon wissen? Von daher jetzt nochmals ganz, ganz herzlichen Dank!

Wir unterbrechen jetzt kurz die Anhörung und möchten um 17.05 Uhr fortfahren.

(Unterbrechung von 16.50 Uhr bis 17.05 Uhr)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Einstimmung auf die dann folgende Fragerunde mit Zeitzeugen haben wir einen Mitarbeiter des Sekretariats der Enquete-Kommission, Herrn Thomas Ammer aus Bonn, gebeten, einige Ausführungen zu Strukturen und Methoden der Machtausübung in der DDR zu machen. Ich möchte Sie um Ihre Aufmerksamkeit für diesen Vortrag bitten.

Thomas Ammer: Es geht bei der Anhörung, die wir heute durchführen, u. a. um zwei Problemkreise, die bei der Machtausübung und Machterhaltung der SED-Führung eine wichtige Rolle spielten: Das ist erstens die Frage, wie die Machthierarchie in der Funktionärsschicht aufgebaut, erhalten und regeneriert wurde und wie die Zuverlässigkeit dieser Schicht zu garantieren war. Der zweite Problemkreis ist, wie Entscheidungen vorbereitet, gefällt, ausgeführt und kontrolliert worden sind.

Natürlich sind dies Problemkreise, die für die Existenz der DDR nicht allein maßgeblich waren. Andere Dinge, die vorhin schon angesprochen wurden – der sowjetische Einfluß, die Wirtschaftslage usw. – spielten auch eine Rolle. Davon wird jetzt nicht die Rede sein.

Ich befasse mich im wesentlichen mit Vorgängen nach dem IX. Parteitag der SED 1976. Frühere Ereignisse werde ich nur ausnahmsweise ansprechen.

Eine ganz entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren der SED-Diktatur war die Existenz einer ganz eng mit der Parteispitze verbundenen Schicht von Partei- und Staatsfunktionären, die die Politik der Führung ausführte, sie gegenüber den Bürgern insgesamt vertrat und erforderlichenfalls auch mit Zwangsmitteln durchsetzte. Nach Schätzungen, die ich jetzt nicht im einzelnen belegen kann, aber nach verschiedenen Berechnungen herausbekommen habe, dürfte diese Funktionärsschicht etwa einen Anteil von

3 % der erwachsenen DDR-Bevölkerung von ungefähr 12 Millionen Bürgern umfaßt haben, also eine Zahl von etwa 350.000 bis 400.000 Funktionären. Das sind weit weniger als die 2,3 Millionen SED-Mitglieder im Jahre 1989, aber immerhin noch eine ganz respektable Zahl.

Diese Funktionärsschicht kann man nun wieder in zwei Gruppen untergliedern. Das sind nur Arbeitsunterscheidungen. Insbesondere darf man die Zahlen der einzelnen Gruppen nicht addieren, weil beide sich überschneiden.

Das sind einmal die SED-Mitglieder als Funktionäre in der SED selbst, in den Massenorganisationen und in den Volksvertretungen. Da kommt man auf die immense Zahl von etwa 1,8 Millionen Funktionärsträgern. Dabei sind von den Massenorganisationen hier nur die beiden wichtigsten, FDGB und FDJ, berücksichtigt. Als Angehörige der Funktionärsschicht, die hier für uns von Interesse ist, kann man allenfalls etwa 300.000 Personen ansehen. Dazu könnte man die etwa 100.000 Parteisekretäre und Mitglieder von SED-Bezirks- und -Kreisleitungen, die meisten der etwa 44.000 hauptamtlichen SED-Parteimitarbeiter – eine Zahl, die Gysi 1989 genannt hat – und etwa 150.000 Funktionäre in den Massenorganisationen und anderen gesellschaftlichen Organisationen zählen.

Die zweite Gruppe sind die Bediensteten im Militär- und Sicherheitsapparat, soweit es sich um Offiziere und Parteifunktionäre handelt, also insbesondere die große Mehrzahl der Angehörigen des MfS – ich schätze, etwa 100.000 kann man dazu zählen –, Offiziere der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei – vielleicht etwa 30.000 – und außerdem etwa 150.000 Funktionäre im Staats- und Sicherheitsapparat.

Es gibt einige Hinweise aus den Zeiten vor 1989 auf die zahlenmäßige Stärke dieser Funktionärsschicht, die für das Funktionieren des SED-Regimes wirklich von Bedeutung war. Das sind Zahlenangaben über das sogenannte Parteiaktiv – etwa 250.000 bis 300.000 – und Zahlen über die Nomenklaturkader.

Dazu eine kurze Erklärung: Das Parteiaktiv war eine Gruppe von besonders zuverlässigen und einsatzbereiten Funktionären, teilweise ein fester Kern, teilweise eine flexible Gruppe, die die Partei für besonders dringende Aufgaben heranzog, auch im Krisenfall, also etwas wie eine Eingreiftruppe. Die Nomenklaturkader, von denen viele gleichzeitig dem Parteiaktiv angehörten, waren jene Funktionäre in SED, Massenorganisationen, Staatssicherheit und Wirtschaftsapparat, die die Parteileitungen der jeweiligen Ebenen als geeignet ansahen, bestimmte Positionen in diesen Apparaten, die in den Nomenklaturen, also sehr differenzierten Verzeichnissen, aufgeführt waren, auszufüllen.

Der Personenkreis, der vom Nomenklatursystem erfaßt war, umfaßte auch um 300.000 Funktionäre. Das kann man aus Angaben über die Schulungen entnehmen, die für diese Nomenklaturkader stattfanden. Von 1971 bis 1980 sind da in Weiterbildungslehrgängen 339.000 erfaßt worden, von 1981 bis

1986 wiederum 320.000. Das gibt eine ungefähre Vorstellung über die Größenordnungen, die hierbei eine Rolle spielen.

Die Regeln, die die Aufnahme in diese Funktionärsschicht und die Laufbahn der Angehörigen bestimmten, sind mit wenigen Ausnahmen in der DDR nie allgemein veröffentlicht worden. Eine der ganz wenigen Ausnahmen ist ein Beschluß des ZK-Sekretariats vom 7. Juni 1977, der die Pflichten dieser Nomenklaturkader aufführt, und zwar ähnlich umfassend und unerfüllbar, wie man sie auch im Statut und im Programm der SED findet. Aus der Praxis ist allerdings durchaus bekannt, welche Kriterien die Karrieren von Kadern bestimmten: politisch-ideologische Zuverlässigkeit, sehr oft auch fachliche Qualifikation, familiärer Hintergrund – charakteristisch ist, daß sich große Teile der Funktionärsschicht aus sich selbst heraus regeneriert haben –, keine Westverwandtschaft oder Verzicht auf jegliche Westkontakte, Loyalitäts- und Leistungsnachweise. Hier hat z. B. der bekannte Ordenssegen durchaus seine Bedeutung als Signalgeber.

Dabei muß man natürlich berücksichtigen, daß solche Kriterien nicht absolut Gesetz waren. Persönliche Beziehungen etwa eines höheren Funktionärs, der jemanden haben wollte, haben sehr oft eine große Rolle gespielt und diese Regeln durchbrechen können. Es konnte also durchaus passieren, daß jemand in den Justizapparat aufstieg, auch wenn ein Elternteil im Lager oder im Gefängnis war, oder daß jemand in einem Ministerium eine hohe Position behielt, auch wenn die Ehefrau sich weigerte, die Westkontakte abzubreaken. Aber das waren Ausnahmen. Für die große Masse der Funktionäre galten solche Regeln.

Heute stellt sich nun für uns die Frage, die man vielleicht nachher diskutieren kann und in Zukunft noch länger diskutieren muß, in welchem Ausmaß das Nomenklatursystem und die Praktiken der Kaderpolitik der SED in der Masse der Partei- und Staatsfunktionäre bekannt waren, inwieweit der einzelne Funktionär eigentlich über seinen Platz in diesem System und den Entwicklungsweg, den man ihm in seinen Kaderakten vorgezeichnet hatte, die ihm normalerweise nicht voll zugänglich waren, informiert war.

Interessant wäre auch, zu erfahren, in welchem Ausmaß dieses System in den letzten beiden Jahrzehnten der DDR-Geschichte noch dem sowjetischen Vorbild entsprach und welche Motive manchen Details zugrunde lagen, z. B. der gigantischen Aufblähung dieses Systems, die eine riesige Kaderbürokratie mit der Folge schwerfälliger Abläufe von Personalentscheidungen, Hemmnissen für den Aufstieg befähigter Funktionäre usw. zur Folge hatte.

Schließlich sollte man auch danach fragen, welche Möglichkeiten ein Spitzenfunktionär, also etwa ein ZK-Sekretär, ein Politbüromitglied, ein wichtiger Minister eigentlich hatte, sich seine nächsten Mitarbeiter persönlich auszusuchen, also zu entscheiden, wen er haben und wen er eventuell vom Vorgänger

nicht übernehmen wollte, welche Möglichkeiten er also hatte, da die Regeln des Nomenklatursystems zu durchbrechen.

Die Funktionärshierarchie ist durch eine Fülle von Regeln, Strukturen und Einzelmaßnahmen gestaltet und für lange Zeit stabil gehalten worden. Ich möchte nur einige der wichtigsten an dieser Stelle nennen.

Allgemein bekannt – und darüber wird viel geredet – sind die Privilegien, wie sie nur unter den Bedingungen einer Mangelversorgung, wie sie in der DDR bis 1989 bestand, zu verstehen sind, also bevorzugte Wohnraumzuweisung, Zuweisung hochwertiger Konsumgüter, teilweise bessere Entlohnung als im Durchschnitt, berufliche Karrierechancen, bessere Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinder und, zumindest teilweise, ein gewisser Schutz vor den Augen und Ohren des Mfs, sofern man eine bestimmte Höhe in der Funktionärshierarchie erreicht hatte.

Wenn man all diese Privilegien betrachtet, so waren sie für die große Masse der Funktionäre keineswegs besonders beeindruckend und konnten sicherlich die Belastungen, die mit der Ausübung von meist mehreren politischen, gesellschaftlichen und sonstigen Funktionen verbunden waren, nicht ausgleichen: erheblicher Freizeitverlust, teilweise Isolierung in der Bevölkerung, Verbot von Westkontakten, damit also auch Verbot des Besitzes von Westdevisen, Verbot von Westreisen usw. Wenn man sich die zeitliche Belastung im Zusammenhang mit Wahlkampagnen, Parteilehrjahr, gesellschaftlichen Einsätzen usw. ansieht, stellt man sich immer wieder die Frage, wieso eigentlich Hunderttausende von Funktionären das haben mit sich machen lassen für das bißchen, was sie davon gehabt haben. Diese Frage kann ich nicht beantworten, das müssen andere tun.

Tatsache ist jedenfalls, daß der Besitz dieser echten oder auch scheinbaren Funktionärprivilegien die Besitzer in eine Art Abhängigkeitsverhältnis von der SED und dem Apparat brachte, aus dem man sich nur schwer lösen konnte, weil eben bei Insubordination der Privilegienverlust drohte, also Verlust des der Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatzes, eventuell Verlust des Ausbildungsplatzes der Kinder, Auswirkungen auf den Ehepartner und dergleichen mehr – also alles Verluste, die doch recht schwer wogen und viele daran gehindert haben, einmal ein deutliches Wort zu sprechen.

Mit Hilfe der bekannten Prinzipien von der stets zunehmenden Führungsrolle der Partei – gemeint ist natürlich die der Parteispitze – und des „demokratischen Zentralismus“, also der absoluten Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Parteiorgane für die unteren einschließlich Vorgaben der Kaderpolitik, ergab sich eine Kompetenzhierarchie für die Funktionäre, wobei die Staatsfunktionäre und die Funktionäre der Massenorganisationen immer hinter den Parteifunktionären rangierten, sofern sich nicht eine wichtige Staatsfunktion mit einer wichtigen Parteifunktion, etwa bei Politbüromitgliedern und einem Teil der ZK-Mitglieder, deckte.

Regeln wie „demokratischer Zentralismus“, Parteidisziplin, Fraktionsverbot und wie das alles heißt, haben nicht nur für die Erhaltung der Hierarchie gesorgt, sondern bis unmittelbar vor dem Ende des Regimes weitgehend offene Diskussionen verhindert, dringend nötige Entscheidungen verzögert oder unmöglich gemacht, das Abschieben von Verantwortung zur Folge gehabt usw.

Bis heute ist die Frage noch nicht vollständig beantwortet, warum die große Masse des Funktionärskorps, der ja doch etwas an der Erhaltung des bestehenden Machtsystems lag, bis zum letzten Moment oder bis vier Wochen vor dem Ende der DDR ausgehalten und diese starren Regeln befolgt hat, obwohl man doch ohne weiteres sehen konnte, daß gerade die Befolgung dieser starren Regeln das Ende des Systems herbeiführen mußte.

Am Ende trat dann die Situation ein, daß die Loyalität des Funktionärskorps verlorenging. Diese Loyalität konnte nur so lange gewährleistet werden, wie die Spitzenfunktionäre imstande waren, das bestehende Herrschaftssystem und die tatsächliche oder scheinbare Machtbeteiligung der Funktionäre zu erhalten. Als die Unfähigkeit der Spitze von niemandem mehr übersehen werden konnte, lief alles in der bekannten Weise auseinander.

Die Parteiführung hat es verstanden, ihre Funktionäre und zum Teil auch die einfachen Mitglieder durch Kataloge letztlich unerfüllbarer Anforderungen in Programm und Statut der SED und in anderen Grundsatzbeschlüssen der Kaderpolitik und sonstigen Normen in ein drückendes Abhängigkeits- und Schuldverhältnis zur Zentrale zu versetzen. Wer sich die Mühe macht, die Anforderungen an die Mitglieder im Statut der SED durchzulesen, kann nur in einen psychologischen Zustand der Bedrückung verfallen, denn diese Anforderungen sind von keinem zu erfüllen, auch vom Engagiertesten nicht, so daß also jedes Mitglied, das irgendwann in Konflikt mit höheren Leitungen geriet, eine Angriffsfläche bot und jederzeit attackiert werden konnte, daß es dieses und jenes, was das Statut verlangte, nicht erfüllt hat.

Zu dieser Taktik, das gesamte Parteivolk und die Masse der Funktionäre in moralische und psychologische Abhängigkeit von der Führung zu bringen, gehörten die bekannten Mitgliederüberprüfungen, die sich im letzten Jahrzehnt der DDR häuften. Eine war 1981, eine 1985, und eine sollte im Herbst 1989 stattfinden, scheiterte aber am Ende der SED. Diese Überprüfungen waren nicht mehr wie im Jahre 1951 eine großangelegte Säuberung, trafen also nicht mehr Hunderttausende, sondern nur noch wenig tausend. Aber durch die sogenannten „vertrauensvollen persönlichen Gespräche“ – jeder, der einmal in der SED war, wird das kennen – wurden die Mitglieder in Gesprächen mit höheren Funktionären in ein Abhängigkeitsverhältnis hinsichtlich ideologischer Zuverlässigkeit und Parteitreu gebracht, verbunden mit moralischem Druck zur Übernahme von Parteiaufträgen und Selbstverpflichtungen, die

immer und immer wieder allgemeines Unbehagen verbreitet haben, obwohl in Wirklichkeit gar nichts Dramatisches passiert ist.

Es wäre heute danach zu fragen, ob dieses ausgeklügelte System von politischem und moralischem Druck über Statut, andere Beschlüsse, über Kontrollorgane wie Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, MfS, Mitgliederüberprüfungen usw. wirklich ein umfassendes Konzept gewesen ist, um die SED-Mitglieder zu lenken und zu disziplinieren.

Da schließt sich natürlich die Frage an, ob und gegebenenfalls warum irgend jemand im ZK-Apparat einmal auf die Idee gekommen ist, die Kosten-Nutzen-Relation dieser Kampagnen nachzurechnen und sich zu überlegen, was das alles eigentlich gebracht hat: wahrscheinlich nur eine ungeheure Belastung der Finanzen und der Materialressourcen der SED selbst und der DDR als Ganzes, ohne etwas Vernünftiges zu bewirken.

Ein wesentliches Mittel zur Aufrechterhaltung der Funktionärshierarchie war die innerparteiliche Informationspolitik, also die differenzierte Information der Funktionäre in Beratungen mit höheren Parteileitungen, die Ausgabe interner Informationsmaterialien, z. B. der vielen hier bekannten DIN-A-5-Blättchen ohne Verfasser- und Herausgeberangaben, in denen man etwas mehr über Reisefreiheit, Parteidisziplinierung, Menschenrechte, den neuen „Wartburg“ und solche Dinge erfuhr, als der Normalbürger zu hören bekam.

Zu dieser Informationspolitik gehörte dann auch das mehrstufige System der Parteischulen und des Parteilehrjahres, wobei es im Parteilehrjahr, diesem riesigen Massenbetrieb für ungefähr 1,5 Millionen Teilnehmer, eine kleine Veranstaltungsreihe für etwa 50.000 Teilnehmer gab, nämlich „Vorträge und Seminare für leitende Kader und Parteisekretäre“, die denen dann etwas Besonderes bieten sollte. Ob es sehr viel Besonderes an Information war, ist aus heutiger Sicht allerdings fraglich.

Bekannt ist die extreme Zentralisierung der SED und der DDR insgesamt. Wohin das aber geführt hat, kann man sehen, wenn man sich die Mühe macht – und wir mußten das im Gesamtdeutschen Institut ja tun –, die Berichte des Politbüros an ZK-Plena durchzuackern. Wenn man sich dann ansieht, was das Politbüro über seine Tätigkeit in der Periode seit dem vorgangegangenen Plenum für berichtenswert hielt und was da an Themen abgehandelt wurde, so kann man sehr merkwürdige Dinge finden, wie etwa Beschlüsse über die Volksbildungsaktivs, über irgendwelche Kulturmaßnahmen oder, was Schabowski berichtet hat, über das hundertjährige Jubiläum des Gleitflugs von Lilienthal im Jahre 1891. Wenn man das so liest, kann man eigentlich verstehen, daß dieses Organ in den Jahren 1987/88/89 nicht mehr führungsfähig war.

Die Führungsrolle der Partei ist in allen nur irgendwie denkbaren Rechtsnormen und ähnlichen Regeln verankert gewesen. Zum Beispiel kann man auch in allen Statuten und statutenähnlichen Bestimmungen der Ministerien und

zentralen Staatsorgane lesen, daß die Parteibeschlüsse immer vor allen anderen Normen rangieren, die zu befolgen sind. Die SED hat in allen Behörden, Betrieben und Leitungen von Massenorganisationen ihre Organisationen gehabt, in den wichtigsten Ministerien, wie Außenministerium, Innenministerium, Staatssicherheit, eigene Kreisleitungen und Kreisorganisationen. Funktion, Rolle und Entscheidungsbefugnisse dieser Kreisleitungen in den Ministerien liegen bis heute noch sehr im Dunkeln und sind nicht genau erforscht.

Ähnliches gab es in Großbetrieben wie Leuna, Buna, Zeiss mit eigenen Kreisleitungen und einem von der Zentrale eingesetzten Parteisekretär, der sich dann „Parteiorganisator des ZK“ nannte und über den die SED-Zentrale einen unmittelbaren Zugriff auf den jeweiligen Betrieb hatte.

Es gab dann die Parteigruppen z. B. in den Volksvertretungen, in denen man alle SED-Mitglieder zusammenfaßte, und zwar nicht nur die der Fraktion der SED, sondern auch die in den Fraktionen der Massenorganisationen, womit man wieder alles unter einem Hut hatte und auf diese Weise über die Massenorganisationen die Politik bestimmen konnte.

Schließlich eigentlich mehr ein Kuriosum: Selbst wenn irgendwo ein Kongreß von drei Tagen stattfand, bildete man auf diesem Kongreß eine zeitweilige Parteigruppe der SED mit einem Parteisekretär, und sie funktionierte dann so, wie eine Parteiorganisation zu funktionieren hat, und führte die Beschlüsse der Zentrale aus. Das hat also dazu geführt, daß in der letzten Zeit nur noch sehr wenig funktionierte.

Bei all dem, was man inzwischen weiß, wie Beschlußvorlagen im ZK-Sekretariat ihren Weg in die Ministerien genommen haben, wie das verabschiedet wurde, gibt es natürlich noch eine ganze Menge Fragen, die weiter zurückreichen. Wenn so eine Vorlage entsteht, muß es dazu schließlich einen Auftrag geben. Bei vielen Entscheidungen weiß man darüber im Grunde genommen sehr wenig.

Wer hat z. B. die Idee gehabt, die Verschärfungen des politischen Strafrechts von 1977 und 1979 auf den Weg zu bringen, 1978 den Wehrunterricht für die 9. und 10. Klassen einzuführen oder – das letzte und vielleicht bekannteste Beispiel – 1989 die Botschaftsflüchtlinge aus Warschau und Prag in Eisenbahnzüge zu setzen, die über DDR-Territorium liefen und nicht direkt in den Westen? Alles das waren Entscheidungen, die sich für die DDR äußerst nachteilig ausgewirkt haben, und man fragt sich wirklich, ob es in dem riesigen ZK-Apparat von mehr als 2.000 Personen hier in Berlin niemanden mit einer gewissen psychologischen Ausbildung gegeben hat, der die Parteiführung auf das, was aus solchen Entscheidungen hervorgehen mußte, aufmerksam gemacht hätte.

Zu fragen ist schließlich auch nach den Modalitäten, wie Vorlagen im ZK-Apparat ausgearbeitet worden sind, weil durchaus berechtigte Zweifel an der Qualität dieser Ausarbeitungen und Vorlagen bestehen. Übrigens gilt

das nicht für alle Gebiete. In der Deutschlandpolitik ist das zum Teil mit Raffinesse und sehr guter Kenntnis der Bundesrepublik gemacht worden, in anderen Dingen aber eben mit einer Beschränktheit, die wirklich erstaunlich ist. So hat Honecker in einer Rede vor den Kreissekretären – solche Reden wurden meist einmal jährlich gehalten – im Februar 1988 auf mehreren Schreibmaschinenseiten zum Thema Menschenrechte wörtlich genau das wiederholt, was er im Jahre 1987 gesagt hat, und zwar wirklich bis auf Punkt und Komma, so daß man sich fragt: Hat hier der Referent, der das ausarbeitete, nur seine Arbeit rationalisiert, was man ja verstehen kann, oder hat er das so tun müssen, weil die SED demonstrieren wollte, daß sie wirklich bis auf Punkt und Komma zum Thema Menschenrechte vom Jahre 1987 auf 1988 absolut nichts ändern wollte?

Eine weitere Frage, die wir heute vielleicht noch ansprechen können, ist die nach den Spielräumen von Spitzenfunktionären oder auch nachgeordneten Funktionären. Es gibt eine ganze Menge Beispiele für solche Spielräume, die entweder erkämpft worden sind oder um die man gekämpft hat. Wir finden ständige Klagen in den Berichten an die ZK-Plena über Eigenmächtigkeiten von Staats- und Parteifunktionären hinsichtlich Wirtschaftsplanung, Bauprojekten, Konsumgüterverteilung und solchen Dingen mehr. Am bekanntesten ist der Konflikt der Zentrale mit der Bezirksleitung Dresden unter Leitung von Hans Modrow im Jahre 1989, als man eine Instrukteurgruppe hinschickte, um da Ordnung zu schaffen, wie man sich das so vorstellte.

Als letztes ist hier vielleicht noch einmal nach der Rolle des MfS zu fragen. Darüber haben wir bei der letzten öffentlichen Anhörung schon gesprochen, aber vieles konnte da nicht geklärt werden. Es wäre zu fragen, in welchem Ausmaß das MfS wirklich mitregiert, mitverwaltet hat, vielleicht aus Not, weil die SED allein es in den Jahren 1985 bis 1988 nicht mehr konnte, vielleicht aus anderen Motiven heraus. So etwas läßt sich für die Wirtschaft, die Wissenschaftspolitik, die Kulturpolitik und alle möglichen anderen Bereiche nachweisen, und ich habe den Eindruck, daß über die „Offiziäre im besonderen Einsatz“ und die „Inoffiziellen Mitarbeiter mit Einflußmöglichkeiten“ hier durchaus regiert und nicht nur für Sicherheit gesorgt worden ist. Es ist auch einfach schwer vorstellbar, daß das MfS auf die Überwachung des hauptamtlichen Funktionsapparates von 44.000 Personen verzichtet hat oder daß sich das MfS etwa nicht um Funktionäre gekümmert hätte, die irgendwann einmal Ärger mit der Zentrale hatten. Wenn man mit einzelnen Politikern und Funktionären der damaligen Zeit spricht, kann man auch ganz konkrete Beispiele hören, daß das MfS durchaus da seine Finger mit im Spiel hatte.

Das waren nur einige konkrete Fragen, die man heute und sicherlich bei vielen anderen Gelegenheiten ansprechen muß. Abschließend kann man sagen, daß das Regime so konstruiert war, daß es sich eigentlich aus der Sicht seiner Schöpfer auf unabsehbare Zeit hätte halten können, ohne Rückhalt

von außen halten sollte: Kaderpolitik, Machthierarchie, mehrfach angelegtes Kontrollsystem, Entscheidungsstrukturen usw. usw. Wie wir seit 1953 wissen konnten, war es trotz aller erdenklichen Vorkehrungen ohne den sowjetischen Einfluß nicht lebensfähig. Aber der sowjetische Einfluß hat es doch lebensfähig gemacht.

Der menschliche Faktor hat in diesem System nicht kalkuliert werden können. Nicht kalkuliert werden konnten die charakterlichen und intellektuellen Schwächen der Führung, die dann eben in ihren Sesseln bis 5 Minuten nach 12 sitzen blieb. Nicht kalkuliert werden konnten die Grenzen der Manipulierbarkeit der Beherrschten und auch vieler Funktionäre. Und nicht kalkuliert werden konnte die Wirkung unkontrollierter Informationen von außen auf die Bürger, auch wenn man sich noch so viel Mühe gab, das abzuschotten.

Die Tatsache jedenfalls, daß wir heute hier im Zentrum der ehemaligen SED-Macht über die Konstruktion und das Funktionieren dieser Macht frei diskutieren können, sollte nicht unbedingt Anlaß für ein großes Triumphgefühl sein, aber doch für eine gewisse Zufriedenheit der Demokraten in den neuen und in den alten Bundesländern, daß sie einen langen, sehr belastenden und gefährlichen Konflikt mit der zweiten Diktatur dieses Jahrhunderts in Deutschland glücklich überstanden haben. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte Ihnen jetzt einige kurze Sätze zur Struktur der nächsten etwa 2 1/2 Stunden sagen. Wir haben uns das so gedacht, daß die fünf Zeitzeugen des heutigen Abends zunächst etwa eine gute Stunde von zwei Journalisten befragt werden und daß dann in einem zweiten Teil die Mitglieder der Enquete-Kommission die Möglichkeit haben, jeweils einzeln ebenfalls Fragen an die fünf Zeitzeugen zu stellen.

Die zwei, die wir bitten, die fünf Zeitzeugen zunächst zu befragen, sind auf den ersten Blick zwei Altbundesbürger. Darum muß, glaube ich, zu dieser Auswahl etwas gesagt werden. Es sind beides Menschen, die mit ihrer Biographie und ihrem Tun mit der Deutschen Demokratischen Republik, mit den Menschen und den Ereignissen in diesem Land eng verbunden waren. Der eine, Karl Wilhelm Fricke, Journalist beim Deutschlandfunk, zumindest von einem Teil der Regierenden der DDR – ich sage das jetzt einmal ein wenig salopp – so sehr „geliebt“, daß sie ihn entführten, um ihn endlich unter sich zu haben, so daß er dann jahrelang in der DDR im Knast gewesen ist; der zweite, Ulrich Schwarz, hatte ebenfalls von seiner Biographie her lange mit der DDR zu tun, ist zweimal als Korrespondent des „Spiegel“ in der DDR gewesen und liebte die DDR oder ihre Menschen so sehr, daß er, obwohl er einmal hinausgeworfen worden ist, dann wiederkam.

Ich möchte Sie beide ganz herzlich begrüßen und wünsche Ihnen für das Tun der nächsten Stunde viel Glück und gutes Fingerspitzengefühl.

Ich bitte jetzt die fünf Zeitzeugen in der Reihenfolge, wie sie auf dem Zettel